

## Schlusskapitel des Buchs „Wir sind besser als wir glauben“

### Ein Programm für Wachstum und Beschäftigung

Zuerst die schlechte Nachricht: Deutschland gleicht heute in mancher Hinsicht einem Patienten, der über viele Jahre hinweg von schlechten Ärzten, ja manchmal sogar Wunderheilern, behandelt worden ist. Da die Diagnosen falsch sind, ist es nicht überraschend, dass die Therapien nicht anschlagen. Die gute Nachricht lautet: Der Patient verfügt jedoch nach wie vor über eine solide physische Konstitution und eine stabile seelische Verfassung. Er hat also gute Chancen, wieder zu Kräften zu kommen, wenn er in die Hände von Mediziner kommt, die ihr Fach verstehen. Allerdings wird der Heilungsprozess ein gewisses Maß an Geduld erfordern, doch damit ist dem Patienten mehr gedient, als wenn er ständig mit neuen, oft kaum erprobten Therapien konfrontiert wird. Ein „dynamischer Durchbruch nach vorne“, wie er Ludwig Erhard als Problemlösung für eine Marktwirtschaft vorschwebte, ist machbar.

#### *Fehldiagnosen und Prinzipien für eine bessere Wirtschaftspolitik*

Anders als es die Talkshow-Weisheit lehrt, gibt es gewichtiges Erkenntnisproblem bei der Diagnose des Patienten „Deutschland“. In Teil I haben wir fünf gravierende Fehldiagnosen identifiziert:

- Fehldiagnose Nr. 1: Wir leben über unsere Verhältnisse. Richtig ist: Die deutsche Volkswirtschaft gibt seit 2002 deutlich weniger aus, als sie einnimmt. Sie lebt also *unter* ihren Verhältnissen. Es gibt daher keinen Anlass, unsere Probleme generell durch ein allgemeines Sich-Beschränken und Sparen lösen zu wollen.
- Fehldiagnose Nr. 2: Der Umfang der Staatstätigkeit ist zu hoch. Richtig ist: Viele europäische Länder sind in den letzten Jahren mit noch höheren Staatsquoten wirtschaftlich sehr erfolgreich gewesen. Ein Abbau des Sozialstaates ist daher weder eine hinreichende noch eine notwendige Bedingung für mehr Wachstum und Beschäftigung.
- Fehldiagnose Nr. 3: Die Abgabenbelastung ist in Deutschland hat einen Punkt erreicht, bei deutliche Einschränkungen staatlicher Leistungen unvermeidlich sind. Richtig ist: Die deutsche Abgabenquote liegt unter dem am Durchschnitt der alten EU-Länder. Die deutsche Steuerquote ist im internationalen Vergleich sogar als extrem niedrig anzusehen.
- Fehldiagnose 4: Der Standort Deutschland leidet unter einer schlechten internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Richtig ist: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen ist derzeit als gut bis sehr gut einzuschätzen. Es trifft deshalb auch nicht zu, dass Deutschland als Produktionsstandort international gemieden wird.
- Fehldiagnose 5: Die hohe Arbeitslosigkeit ist auf eine mangelnde Flexibilität am deutschen Arbeitsmarkt zurückzuführen. Richtig ist: Der deutsche Arbeitsmarkt lässt im internationalen Vergleich kein besonderes Flexibilitätsproblem erkennen. Die OECD verweist zudem darauf, dass der Einfluss von Arbeitsmarktregulierungen auf die Beschäftigung sehr gering ist.

Mit diesen Fehldiagnosen entfällt die Basis für das meisten Therapien, die bisher weithin als „Rettung“ für Deutschland vorgeschlagen werden:

- Sparen als wichtigste Therapie für fast alle unsere Probleme,
- weniger Staat, am besten ein Staatsquote von unter 40%,
- Steuersenkungen bis wir das Niveau von Lettland erreicht haben,

- Lohnkürzungen direkt oder durch eine längere Arbeitszeit, wobei für die Geringqualifizierten sogar eine Verminderung um ein Drittel gefordert wird,
- Abschaffen aller Regulierungen am Arbeitsmarkt, insbesondere des Kündigungsschutzes.

Das heißt nun beileibe nicht, dass in Deutschland alles so bleiben soll, wie es ist. In diesem Buch sind viele gravierende Probleme identifiziert worden, die dringend einer Lösung bedürfen. Bevor die Vorschläge im Einzelnen präsentiert werden, sollen die in Kapitel 19 formulierten fundamentalen Prinzipien für eine bessere Wirtschaftspolitik noch einmal in Kurzform präsentiert werden:

- Deutschland braucht eine bessere Selbsteinschätzung, um sich aus seiner kollektiven Depression zu befreien. Wirtschaft besteht nun einmal zu 50 % aus Psychologie. Unternehmensführer, Verbandsfunktionäre und Journalisten sollten sich deshalb mehr als bisher fragen, ob es nicht besser ist, die Stärken Deutschlands herauszustellen, als nur in einem fort zu jammern. Heinrich von Pierer hat dies sehr gut auf den Punkt gebracht:

„Stärken Deutschlands hervorzukehren, heißt nicht, Verbesserungsbedarf zu leugnen. Aber wir haben auch keinen Anlass, das eigene Licht unter den Scheffel zu stellen und sollten uns nicht unter Wert präsentieren.“<sup>1</sup>

- Anstelle eines Reformaktionismus, der die Menschen jeden Tag mit neuen Streich- und Kürzungsvorschlägen verunsichert, benötigt die deutsche Wirtschaftspolitik jetzt eine mittelfristige – und für die Rentenpolitik sogar eine langfristige – Ausrichtung. Die Bürger müssen wissen, wohin die Reise geht und sie müssen sich darauf verlassen können, dass das Reiziel auch eingehalten wird. Das Leitmotiv hierfür stammt von Walter Eucken, einem der Gründerväter unserer Sozialen Marktwirtschaft. Es lautet: „*Konstanz der Wirtschaftspolitik*“. Deutschland braucht Reformen, aber es gibt keinen Grund zur Hektik und schon gar keine Notwendigkeit für eine „Kulturrevolution“, bei der man Gefahr liefe, das Kind mit der Badewanne auszuschütten. Dies zeigt auch eine neue Harvard-Studie von Hausmann, Pritchett und Rodrik (2004), die sich mit den Ursachen von Phasen mit starkem Wachstum auseinandersetzt: Sie kommt zu dem überraschenden Ergebnis, dass Wirtschaftsreform in der Regel nicht zu mehr wirtschaftlicher Dynamik führen.<sup>2</sup> Geduld wird vor allem für die Neuen Länder benötigt.
- Eng verbunden mit Postulat nach einer größeren Konstanz in der Wirtschaftspolitik ist das Prinzip der „*Ordnungspolitik*“, das vor allem von Ludwig Erhard propagiert wurde. Obwohl „*Ordnungspolitik*“ in jeder wirtschaftspolitischen Sonntagsrede beschworen wird, ist davon in den Programmen unserer Parteien kaum etwas zu erkennen. Das Prinzip, um das es dabei geht, besagt, dass sich die Wirtschaftspolitiker stets der enormen Interdependenzen der Teilordnungen einer Sozialen Marktwirtschaft bewusst sein müssen. Konkret: Es macht wenig Sinn, einzelne Bereiche der Sozialen Sicherungssysteme isoliert zu renovieren, wenn der Bauplan für die Generalüberholung noch fehlt. Diese Aufgabe ist nicht leicht, da sie ein Denken in volkswirtschaftlichen Zusammenhängen erfordert, das heute ein sehr knappes Gut ist.

<sup>1</sup> „Wir sollten die starken Seiten sehen“. Welt am Sonntag vom 29. August 2004.

<sup>2</sup> Ricardo Hausmann, Lant Pritchett und Dani Rodrik (2004), Growth Accelerations, NBER Working Paper Series, Working Paper 10566, <http://www.nber.org/papers/w10566>

Deshalb braucht man hierfür nicht nur Lehrer und Juristen, sondern vor allem Volkswirte.

- Auch für das dritte Prinzip kann man Ludwig Erhard in Anspruch nehmen. Es lautet: Die Angebotsbedingungen sind zwar wichtig, aber die Wirtschaftspolitik darf die Nachfragedynamik nicht aus den Augen verlieren. Ludwig Erhard hat das so formuliert:

„Der Zustand einer in Permanenz optimal ausgelasteten Wirtschaft, die zugleich auch die Wachstumskräfte lebendig halten und im Fortschritt bleiben will, setzt allerdings eine dynamische und im Grunde konsumfreudige Bevölkerung voraus. Erst dieser von mir oft angeschnittene Wille zum Verbrauch gestattet es, dass sich die Produktion ohne Störungen fortentwickeln kann und dass das Streben nach Rationalisierung und Leistungsverbesserung lebendig bleibt.“

Natürlich geht diese Grundeinsicht auf die Arbeiten von John Maynard Keynes zurück. Sie besagt, dass es für neue Investitionen und damit für zusätzliche Arbeitsplätze vor allem darauf ankommt, dass die Unternehmen über ausreichend große Auftragsbestände verfügen. Sie besagt, dass Sparen der privaten Haushalte schlecht für die Unternehmensgewinne ist. Sie besagt auch, dass man sich nicht darauf verlassen sollte, dass sich das Angebot – nach Münchhausen-Manier - seine Nachfrage einfach von selbst schafft.

- Das vierte Grundprinzip ist allgemeiner Natur. Es resultiert aus der Einsicht, dass in Regel alle Volkswirtschaften von der Globalisierung profitieren können. Dabei darf man jedoch nicht übersehen, dass eine zunehmende weltweite Arbeitsteilung zu sehr ungleichen Entwicklungen *innerhalb* eines Landes kommen kann. Wenn die Globalisierung für alle Schichten einer Gesellschaft von Vorteil sein soll, darf man in der Zukunft nicht ständig nach neuen Steuersenkungen rufen. Vielmehr muss man sich darauf einstellen, dass tendenziell eine stärkere staatliche Umverteilung erforderlich sein wird: Es kann den Leistungseliten, die von der Globalisierung besonders profitieren, zugemutet werden, höhere Abgaben zu zahlen, damit sich die wirtschaftliche Lage der Geringqualifizierten verbessert werden kann. Sozialabbau kann also nicht die Antwort unserer Gesellschaft auf die Herausforderung der Globalisierung sein.

### *Zehn konkrete Lösungsvorschläge*

Aus diesen allgemeinen Prinzipien lassen sich folgende konkrete Lösungsvorschläge ableiten, die in diesem Buch an unterschiedlichen Stellen bereits diskutiert worden sind. Sie betreffen die makroökonomische Politik, die Finanzierung des Staates, die Förderung von Geringqualifizierten, die Reform der Sozialen Sicherungssysteme und dabei insbesondere der Alterssicherung. Im Schnelldurchgang lauten die wichtigsten Punkte wie folgt:

1. Die Europäische Währungsunion benötigt eine Finanzpolitik aus einem Guss. Die Fixierung auf die – völlig willkürliche gesetzte – 3 %-Marke ist kein Ersatz für eine wirksame Koordinierung der 15 unabhängigen nationalen Haushaltspolitiken
2. Die deutsche Finanzpolitik sollte sich nicht länger an *Defizitziele* orientieren, die sie ohnehin nicht einhalten kann. Stattdessen empfiehlt sich eine *stetiger Expansionspfad* für jene Ausgaben, die durch den Staat direkt kontrolliert werden können.
3. Die Finanzierung der Staatstätigkeit ist durch ein gravierendes *Missverhältnis von Steuern und Sozialabgaben* gekennzeichnet. Die allgemein für notwendig gehaltene

- Senkung der Lohnnebenkosten erfordert deshalb keine Einschränkung sozialer Leistungen. Sie sollte primär durch höhere Steuern ausgeglichen werden.
4. Dies erlaubt es, die Sozialen Versicherungssysteme weitgehend nach dem *Prinzip von Leistung und Gegenleistung* zu organisieren. Die gesetzliche Krankenversicherung könnte durch *Gesundheitsprämien* finanziert werden, wodurch es zu einer Abkopplung der Krankenversicherung von den Lohnkosten käme.
  5. Die Sozialen Sicherungssysteme müssen eine allgemeine Versicherungspflicht vorsehen, da die *Trennungslinie zwischen selbstständiger und unselbständiger Tätigkeit* immer schwerer zu ziehen ist. Das Beispiel der Krankenversicherung zeigt, dass es dabei nicht notwendig ist, die Versicherungsleistungen auch vom Staat erstellt werden.
  6. Die gesetzliche Alterssicherung muss soweit wie möglich vor tagespolitischen Einflüssen geschützt werden. Erforderlich ist eine *Rentenverfassung*, die nur mit einer 2/3-Mehrheit von Bundestag und Bundesrat geändert werden kann.
  7. Es ist falsch, der demographischen Herausforderung vor allem durch eine staatliche Sparförderung zu begegnen. Die beste Lösung lautet: Wachstum, Wachstum, Wachstum. Das wird nicht durch hohe Geldersparnisse der privaten Haushalte, sondern durch private und öffentliche Investitionen in Humankapital, in Produktionsstätten und die Infrastruktur erreicht werden.
  8. Die Förderung von Geringqualifizierten durch die 400/800-Euro-Jobs vernichtet die Vollzeit Arbeitsplätze, die von den über 4 Millionen Arbeitslosen dringend gesucht werden. Benötigt wird eine umfassendere Förderung von Geringqualifizierten, die auch Vollzeit-Arbeitsverhältnisse umfasst.
  9. Anstelle von direkten oder verdeckten Formen der Lohnsenkung wird jetzt eine stetige Lohnpolitik benötigt, die ein angemessenes Wachstum der Binnennachfrage ermöglicht. Die Lohnerhöhungen sollten sich an der Produktivitätsentwicklung und dem Inflationsziel der Europäischen Notenbank von knapp 2 % orientieren.
  10. Der letzte Punkt ist ein Plädoyer für Geduld mit der Situation in Ostdeutschland.

Im Einzelnen lassen sich diese zehn Punkte wie folgt beschreiben:

#### *Koordinierung der europäischen Finanzpolitik anstelle der starren Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes*

Deutschland hat in den drei letzten Jahren wesentlich unter der schleppenden Wirtschaftsentwicklung des gesamten Euroraums gelitten. Diese ist auf eine zu zögerliche Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und insbesondere auf eine viel zu passive Finanzpolitik der zwölf Teilnehmerländer der Europäischen Währungsunion zurückzuführen. Versagt hat Regelwerk des *Stabilitäts- und Wachstumspaktes*, das zu einer eindimensionalen Sichtweise in der europäischen Budgetpolitik geführt hat. Die gesamte Diskussion drehte und dreht sich bisher allein um die Frage, ob einzelne Länder die – völlig willkürlich gesetzte – 3 %-Grenze einhalten können und wie diese möglicherweise flexibler gestaltet werden kann. Die sehr viel wichtigere Frage lautet jedoch, ob sich aus den zwölf unabhängig voneinander gebildeten nationalen Haushalten in der Summe eine Finanzpolitik ergibt, die zur gesamtwirtschaftlichen Situation in Euroland passt. Obwohl dieser aggregierte fiskalpolitische Impuls des Euroraums genauso wichtig ist wie die Leitzinsen der EZB, wird er in der wirtschaftspolitischen Debatte bisher kaum beachtet. Die Europäische Währungsunion wird nur dann zu einem wirklichen wirtschaftlichen und politischen Erfolg werden, wenn in Zukunft dafür gesorgt wird, dass das Zusammenspiel der nationalen Fiskalpolitiken

funktioniert und in den Dienst einer Politik gestellt werden, die gleichermaßen für Stabilität und Wachstum sorgt. Anstelle starrer Regeln braucht Euroland deshalb dringend eine wirkungsvolle Koordinierung der nationalen Fiskalpolitiken. Dies ist zugleich eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Euroland in den nächsten Jahren wieder zu den dynamischen Regionen der Weltwirtschaft aufschließen kann

#### *Ausgabenorientierung und stärkere Koordinierung der Finanzpolitik von Bund und Ländern*

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, wie es kontraproduktiv es ist, wenn sich die Finanzpolitik einseitig am Ziel der Konsolidierung orientiert, ohne dabei die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu berücksichtigen. Die Finanzminister von Bund und Ländern sollten daher ihre Politik nicht länger an – ohnehin – unrealistischen Defizitzielen ausrichten. Stattdessen sollte ein mittelfristiger Expansionspfad für jene Ausgabenfelder festgelegt werden, die von der Politik unmittelbar kontrolliert werden. Konkret sollten die Personal- und Investitionsausgaben für einen Zeitraum von fünf Jahren mit einer Rate von 1 ½ bis 2 % erhöht werden. Dies wäre deutlich mehr als der Durchschnitt der Jahre 2003–2005, der durch einen jährlichen Rückgang der öffentlichen Investitionen um 5,9 % und der Personalausgaben um 0,3 % gekennzeichnet ist. Da jedoch das nominelle Bruttoinlandsprodukt im Trend stärker als 2 ½ % wachsen wird, wäre so auf mittlere Sicht gleichwohl eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gesichert. Ein solches mittelfristiges Finanzprogramm sollte von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden. Wie auf der europäischen Ebene bedarf es auch innerhalb Deutschlands einer sehr viel besseren Koordinierung der Finanzpolitiken. Die bisherigen Hausvater-Politik der Länderfinanzminister, die keinerlei gesamtwirtschaftliche Verantwortung mehr erkennen lässt, steht in einem eklatanten Widerspruch zum Grundgesetz, dass in Artikel 109 (2) Bund und Länder verpflichtet, „bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen.“

#### *Geringere Lohnnebenkosten durch höhere Steuern bei einer insgesamt unveränderten Staatsquote*

Der Vergleich mit anderen europäischen Ländern zeigt, dass der Anteil der deutschen Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt nicht als eine Ursache der Wachstumsschwäche anzusehen ist. Es gibt also überhaupt keinen Grund, die Staatsquote von derzeit knapp 49 % auf Werte von unter 40 % zu reduzieren. Ein großes Problem sind jedoch die Lohnnebenkosten, die sich in der sehr hohen deutschen Sozialabgabenquote widerspiegeln. In einer Situation mit hoher Arbeitslosigkeit ist es nicht zu vertreten, dass sich der deutsche Staat wie kein anderes Land durch Abgaben auf den Faktor Arbeit finanziert. Die dringend gebotene Reduktion der Lohnnebenkosten erfordert jedoch keinesfalls einen weiteren Sozialabbau. Bei der im internationalen Vergleich sehr niedrigen deutschen Steuerquote ist vielmehr an eine Umfinanzierung zu denken. Es wäre nicht nur gerechter, sondern auch ökonomisch effizienter, wenn allgemeine Staatsaufgaben in Zukunft verstärkt über Steuern finanziert würden. Eine solche Umfinanzierung des Sozialstaates würde es ermöglichen, die Sozialen Versicherungssysteme weitgehend nach dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung auszugestalten. Dies würde die Transparenz und damit auch die Glaubwürdigkeit und gesellschaftliche Akzeptanz dieser Systeme erheblich erhöhen. Zugleich könnte damit die politische Einflussnahme erheblich reduziert werden.

Die durch Sozialversicherungssysteme bisher geleistete verdeckte Besteuerung wäre in erster Linie über eine höhere Einkommensteuer zu finanzieren. In den meisten hoch entwickelten EU-Ländern liegt der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer bei 50 % und darüber.

Ergänzend ist an die Wiedereinführung der Vermögensteuer zu denken. Hierbei sind die Vorschläge von Jarass und Obermair (2002) zu erwähnen, die eine auf die Einkommensteuerschuld anrechenbare Vermögensteuer vorsehen. Zu prüfen ist auch eine höhere Erbschaftsteuer für Vermögensübertragungen an Kinder, wo Deutschland im internationalen Vergleich zu den Niedrigsteuerländern zählt.<sup>3</sup> Schließlich deutet das – trotz relativ hoher Steuersätze – im internationalen Vergleich geringe Aufkommen an Körperschaftsteuern darauf hin, dass es für deutsche Unternehmen relativ einfach ist, ihre Bemessungsgrundlage zu verkürzen. Besonders attraktiv ist hierbei die Umwandlung von Eigenkapital in Fremdkapital: Während Erträge steuerpflichtig sind, können Zinsen als Aufwand geltend gemacht werden. Diese Variante wird vor allem dann genutzt, wenn die Holding eines Konzerns in einem Land firmiert, in dem für Zinsen nur geringe Steuern bezahlt werden müssen. Nicht vertretbar ist es auch, wenn Unternehmen die Finanzierungskosten für Erwerb von Auslandstöchtern steuerlich geltend machen können, obwohl deren Erträge nur zu einem sehr geringen Teil der deutschen Besteuerung unterliegen werden. Jarass und Obermair (2002, S. 109) stellen zu Recht fest, dass auf diese Weise der deutsche Lohnsteuerzahler den Export von Arbeitsplätzen in Niedrigsteuerländer finanziert. Eine interessante Lösung, um in Zukunft eine Mindestbesteuerung von Unternehmen wie von gut verdienenden Privaten zu gewährleisten, bietet die „*Alternative Minimum Tax*“, die in den Vereinigten Staaten seit den achtziger Jahren erfolgreich praktiziert wird.

#### *Solidarität mit den Sozial Schwachen durch ein System der Gesundheitsprämien finanziert über einem höheren Solidaritätszuschlag*

Das wichtigste Anwendungsbeispiel für eine gerechtere und effizientere Finanzierung allgemeiner Staatsaufgaben ist die Reform der *Gesetzlichen Krankenversicherung*. Das derzeitige System leidet darunter, dass eine Finanzierung extrem ungerecht ist, da es Bezieher höherer Einkommen aus der Verpflichtung zur Solidarität mit weniger leistungsfähigen Versicherten entlässt. Das Modell der *Gesundheitsprämie* bietet hierfür die aus ökonomischer Sicht optimale Lösung. Es ermöglicht ein Abkoppeln der Krankenversicherungsbeiträge von den Lohnkosten und damit eine unmittelbare Reduktion der Lohnnebenkosten um gut 14 Prozentpunkte. Die für eine solidarische Finanzierung der Gesundheitsfürsorge erforderlichen Mittel müssen dann aus allgemeinen Steuermitteln aufgebracht werden. Das bisher auf Arbeitnehmer mit Einkommen unterhalb der Versicherungspflichtgrenze beschränkte „Solidarprinzip“ wird so erstmals seinem Anspruch in vollem Umfang gerecht. Die Alternative der *Bürgerversicherung*, bei der alle Bürger in ein gesetzliches Krankenversicherungssystem mit einkommensabhängigen Beiträgen gezwungen werden, könnte ebenfalls für ein umfassendes Solidarprinzip sorgen. Doch wenn es vor allem darum geht, auch die Bezieher höherer Einkommen zu einem Finanzierungsbeitrag für die Gesundheitsfürsorge heranzuziehen, ist dies über eine etwas höhere Einkommensteuer schon rein technisch sehr viel leichter zu erreichen als durch ein komplettes Abschaffen der privaten Krankenversicherungen. Wenig konsequent erscheint aus zudem, wenn die Versicherungsbeiträge nach Maßgabe ausgewählter Einkunftsarten ermittelt werden. Warum sind Einkünfte aus Zinsen versicherungspflichtig, Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft jedoch nicht? Aus ordnungspolitischer Sicht gibt es ohnehin keinen Grund für eine staatlich organisierte Krankenversicherung, die auch rein rechtlich sehr schwer zu verwirklichen sein dürfte.

#### *Soziale Versicherungssysteme müssen in Zukunft für alle Bürger gelten*

---

<sup>3</sup> Siehe dazu Monatsbericht des BMF, Juni 2004, S 47.

Ein gravierender Konstruktionsfehler unserer Sozialen Versicherungssysteme besteht in ihrer Beschränkung auf abhängig Beschäftigte. Die hierfür entscheidende Trennungslinie zwischen abhängiger Beschäftigung und anderen Erwerbsformen ist schon jetzt fragwürdig und sie wird in Zukunft immer schwerer zu ziehen sein. Zusammen mit der heute bestehenden verdeckten Besteuerung der Besserverdienenden Versicherten wird so ein starker Anreiz zur Flucht aus den Versicherungssystemen ausgelöst, der letztlich ihre Finanzierungsbasis gefährdet. Für die dauerhafte Stabilität dieser Systeme wird es also – neben einer stärkeren Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung – darauf ankommen, dass sie für alle Bürger verpflichtend sind. Damit bestünde auch für einen Selbständigen oder einen Privatier die Pflicht zur Mitgliedschaft in allen staatlich vorgeschriebenen Versicherungssystemen. Die Arbeitslosenversicherung müsste dazu in eine allgemeine Existenzversicherung umgewandelt werden. Eine Befreiung von der Existenzversicherung könnte dann ins Auge gefasst werden, wenn im Rahmen einer wieder eingeführten Vermögensteuer ein angemessen hohes Vermögen nachgewiesen wird. Entfallen müssten auch die gesonderten Versicherungssysteme für Beamte in der Form der Beihilfe und Beamtenpensionen.

*Ein von der Politik unabhängiges Rentensystem durch das Modell einer „Rentenverfassung“*

Für die meisten Menschen stellt die gesetzliche Rente den wichtigsten Bestandteil ihrer Alterssicherung dar. Wie bei keinem anderen Bereich der Sozialen Sicherung kommt es bei der Gesetzlichen Rentenversicherung auf Kontinuität und Vorhersehbarkeit an. Ein Arbeitnehmer, der in zehn Jahren „in Rente geht“, hat kaum noch die Möglichkeiten, durch sein Sparverhalten auf Einschränkungen bei den Rentenleistungen zu reagieren. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass Rentengesetze eine extrem kurze Halbwertszeit besitzen. Und so ist es schon unwahrscheinlich, dass die in dieser Legislaturperiode beschlossenen Gesetze auch nur die nächste überleben werden. Und es ist so gut wie ausgeschlossen, dass heute Aktiver in zwanzig oder dreißig Jahren einmal Leistungen beziehen wird, die auf der Grundlage der aktuellen Regelungen bestimmt werden. Niemand wird sich dann noch an eine Ministerin Ulla Schmidt erinnern, auf deren Zusagen sich die heute Aktiven bei ihren Plänen für die Altersvorsorge orientieren. Die Rentenpolitik nach „Guthsherrenart“ ist eine wesentliche Ursache für die geringe Glaubwürdigkeit des Rentensystems. Eine weitgehend nach dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung bestimmte Rentenversicherung eröffnete die Möglichkeit einer „Rentenverfassung“, in der alle wesentlichen Bestimmungen fixiert und nur noch mit einer 2/3-Mehrheit von Bundestag und Bundesrat geändert werden können. Auf diese Weise würde ein hohes Maß an Verlässlichkeit geschaffen, das die Glaubwürdigkeit der Rentenversicherung erhöht und somit der Gefahr eines „Angstsparens“ entgegenwirkt.

*Für eine alternde Gesellschaft ist Humankapital sehr viel wichtiger als Sparkapital*

Deutschland sieht sich in den nächsten Jahrzehnten einer erheblichen Überalterung gegenüber. Die Wirtschaftspolitik versucht, diesem Problem durch eine Doppelstrategie zu begegnen. Zum einen wurde das System, das in der Vergangenheit durch ein vorgegebenes Renteniveau und daran angepasste Beitragssätze bestimmt war, gleichsam auf den Kopf gestellt: Für die Zukunft werden die Beitragssätze festgeschrieben, so dass sich die Leistungen daran anpassen müssen. Zugleich wurde durch die Riester-Rente, die betriebliche Altersvorsorge und die nachgelagerte Besteuerung eine enorme staatliche Förderung des Geldsparens ins Leben gerufen. Solche Subventionen sind nicht nur sehr teuer und mit der Gefahr starker Mitnahmeeffekte behaftet. Sie wirken sich aus konjunktureller Sicht nachteilig auf den privaten Verbrauch, die Unternehmensgewinne und damit auch Investitionen und Wachstum aus. Es wäre deshalb sinnvoll, alle Formen des staatlichen geförderten

Alterssparens in der Summe auf einen Betrag von 4 % des jährlichen Durchschnittseinkommens zu begrenzen. Die auf diese Weise freiwerdenden Mittel sollten in die Förderung der Bildung eingesetzt werden und dabei vorrangig in den Sektoren, in denen Deutschland derzeit besonders wenig investiert, d.h. dem Vorschul- und dem Hochschulbereich.

### *Vollzeitarbeitsplätze für Geringqualifizierte fördern*

Es ist offensichtlich, dass sich der Globalisierungsprozess zu Lasten der Geringqualifizierten in den hoch entwickelten Ländern auswirkt. In den Gütern, die wir aus China importieren steckt die billige Arbeit der dort tätigen Menschen und drückt bei uns auf das Lohnniveau der Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation. Wenn sich Deutschland nicht noch mehr in eine Zweiklassen-Gesellschaft entwickeln soll, muss die Umverteilung zu Gunsten der Geringqualifizierten zunehmen. Sozialabbau ist also die falsche auf die Herausforderung der Globalisierung.

Bisher beschränkt sich die Förderung von *Geringqualifizierten* auf Teilzeitarbeitsverhältnisse im Rahmen der 400/800-Euro-Jobs. Bei gleichem Netto-Lohn ist dadurch ein Vollzeitarbeitsplatz um über 50 % teurer als die gleiche Arbeitsleistung im Rahmen von Teilzeitarbeit. Dadurch wird für die Arbeitgeber ein großer Anreiz geschaffen, Vollzeit-Arbeitsplatz in drei oder vier Teilzeitarbeitsplätze aufteilen. Die Erfolgsmeldungen der Mini-Job-Zentrale und der gleichzeitige drastische Rückgang von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen sind ein deutliches Alarmzeichen, dass hier ein gefährlicher Verdrängungsprozess stattfindet. Die Opfer sind all jene Arbeitslosen, die eine Vollzeitarbeit suchen, aber wenig qualifiziert sind. Die bisherige unsystematische Förderung sollte entweder vollständig beseitigt werden oder aber auf Vollzeitjobs mit geringen Einkommen ausgeweitet werden. Denkbar wäre eine Verschiebung der bisherigen 400-Euro-Grenze auf 1200 Euro. Die Schwelle, von der ab die volle Sozialabgabenbelastung zu leisten ist, könnte von 800 Euro auf 1600 Euro erhöht werden. Für die weitgehende Freistellung der so geförderten Jobs von der Einkommensteuer gibt es keine Rechtfertigung. Sie wäre auch für die bisherigen 400/800-Euro-Jobs ersatzlos abzuschaffen. Bei der Ausweitung dieser Regelung auf Vollzeitarbeit-Arbeitsplätze wäre eine uneingeschränkte soziale Absicherung für die Arbeitnehmer erforderlich. Diese ist für den Staat jedoch kaum mit Mehrkosten verbunden, da aus einem Arbeitsverhältnis mit 1200 Euro kaum ein Rentenanspruch entstehen wird, der über dem Sozialhilfeniveau liegen wird.

Eine Ausweitung der Förderung von Geringqualifizierten auf Vollzeit-Jobs würde somit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Der Wettbewerbsnachteil für Arbeitslose, die einen regulären Arbeitsplatz suchen, würde entfallen. Zugleich könnten die Netto-Löhne in Niedriglohn-Bereich steigen, ohne die Lohnkosten der Unternehmen zu erhöhen. .

### *Produktivitätsorientierte Lohnpolitik statt Lohnzurückhaltung*

Die deutschen Unternehmen setzen den mit Abstand größten Teil ihrer Produktion als Konsumgüter bei den inländischen privaten Haushalten ab. Sie müssen deshalb ein starkes Interesse daran haben, dass sich die Kaufkraft ihrer Abnehmer dynamisch entwickelt. Als Richtschnur für die Lohnpolitik gilt traditionell die Produktivitätsentwicklung zuzüglich eines Ausgleichs für die Inflationsrate. In den vergangenen Jahren haben sich die Tarifpartner an der relativ niedrigen deutschen Inflationsrate orientiert. Dies führte dazu, dass die um die Inflationsrate bereinigten Zinsen in Deutschland systematisch höher liegen als in den anderen Mitgliedsländern der Währungsunion. Bei dem starken Einfluss der Lohnabschlüsse auf die



Inflationsrate, erscheint es deshalb sinnvoll, dass sich die deutschen Tarifabschlüsse nicht mehr an der inländischen deutschen Preisentwicklung, sondern an der Zielinflation der Europäischen Zentralbank ausrichten.

Es wäre gefährlich, die aktuelle Arbeitsmarktlage zum Anlass für Lohnkürzungen in welcher Art auch immer zu nehmen. Deutschland leidet seit fünf Jahren an einer gravierenden Schwäche der Binnennachfrage, wobei sich am Immobilienmarkt durchaus schon Anzeichen für eine Deflation erkennen lassen. Das Beispiel Japans wie auch die Politik Brüning sind ein deutliches Mahnzeichen: Große Volkswirtschaften geraten durch massive Lohnsenkungen nur noch tiefer in die Krise. Oder plakativer formuliert: Wenn man der Bauer will, dass ihm seine Kuh anständig Milch gibt, muss er dafür sorgen, dass sie auch genug zu fressen hat.

### *Geduld mit Ostdeutschland*

Der Westen sollte sich darauf einstellen, dass für lange Zeit größere Transfers in die Neuen Länder erforderlich sind und die Politik sollte davon Abstand nehmen, die Arbeitslosigkeit im Osten durch ständige Reformen für ganz Deutschland vermindern zu wollen. Die hohe Arbeitslosigkeit in den Neuen Bundesländern resultiert teilweise aus gravierenden Fehlern bei der Vereinigung und sie ist teilweise auch das unvermeidliche Resultat eines extrem schwierigen Transformationsprozesses. Niemand hat heute ein Patentrezept für die Neuen Bundesländer zu bieten. Die Subventionen für Investoren sind nach wie vor sehr hoch, die Lohnkosten liegen deutlich niedriger als im Westen und der Einfluss der Gewerkschaften ist gering. Bei einer solchen sehr spezifischen Erkrankung einer Region ist es wenig sinnvoll, als Therapie die *gesamte* deutsche Wirtschafts- und Sozialordnung auf den Kopf zu stellen.

*Es gibt keinen Stein der Weisen, aber eine realistische Chance, dass Deutschland wieder mehr „Wohlstand für alle“ möglich sein wird*

Bei alledem sollte man keine überzogenen Erwartungen hegen. Wie schon erwähnt, gibt es in der Ökonomie keinen „Stein der Weisen“, mit dem man ein Wirtschaftswunder hervorzaubern könnte. Insgesamt gesehen würde Deutschland allein schon davon profitieren, wenn ihm in den nächsten Jahren weitere Steuersenkungen, Einschränkungen bei den sozialen Sicherungssystemen, Kürzungen von staatlichen Investitionen und Lohnsenkungen erspart blieben. Verbunden mit dem hier beschriebenen 10-Punkte-Programm hat unser Land eine realistische Chance, wieder – wie in den neunziger Jahren – einen Wachstumspfad des Bruttoinlandsprodukts von rund 2 % zu erreichen. Gemessen an der Dynamik des Wirtschaftswunders der fünfziger Jahre oder den Wachstumsraten mancher asiatischer Staaten klingt das bescheiden. Doch man sollte die Effekte des exponentiellen Wachstums nicht unterschätzen. Wenn ein Land über 35 Jahre mit 2 % jährlich wächst, hat sich der Wohlstand seiner Bevölkerung verdoppelt. Bei einem Wachstum von 1,5 % erreichen wir die Verdopplung immerhin in rund einem halben Jahrhundert.

Vielen Menschen fällt es schwer, sich eine solche Entwicklung vorzustellen:

- Haben wir nicht schon jetzt einen sehr hohen Lebensstandard?
- Woher sollen denn die zusätzlichen Güter kommen, die zu einer solchen Verdopplung des Lebensstandards führen würden?
- Wie wirkt sich ein anhaltendes Wirtschaftswachstum auf die Umwelt aus?

Wachstumsskeptiker sind häufig Menschen mit einem relativ guten Einkommen. Sie können sich ein angenehmes Leben leisten und fragen sich dabei zu Recht, ob eine Verdopplung ihres

Wohlstands tatsächlich anzustreben ist. Dabei übersehen sich jedoch leicht, dass wir heute eine sehr ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland haben. Wenn man die Haushalte nach ihrem Einkommen in fünf Gruppen unterteilt, entfallen auf die drei untersten Gruppen, d.h. also 60 % der Haushalte, nur 38 % der Einkommen. Will man in den nächsten Jahrzehnten die Lage der Menschen mit geringen Einkommen verbessern, ohne dabei das Geld von den „Reichen“ zu nehmen, bleibt nur die Lösung des Wirtschaftswachstums. Auch hier ist Ludwig Erhard im Original lesenswert:

„Es ist sehr viel leichter, jedem einzelnen aus einem größer werdenden Kuchen ein größeres Stück zu gewähren als einen Gewinn aus der Auseinandersetzung um die Verteilung eines kleinen Kuchens ziehen zu wollen, weil auf solche Weise jeder Vorteil mit einem Nachteil bezahlt werden muss.“ (S. 10).

Wachstumsskeptiker sind manchmal auch Menschen mit geringer Phantasie. Wie soll denn eine solche Verdopplung des Lebensstandards technisch verwirklicht werden? Versetzen wir uns dazu einmal ins Jahr 1970. Wenn man damals die Menschen gefragt hätte, welche Wachstumspotentiale sie erwarten, wer hätte da an die enormen Fortschritte in der Kommunikations- und Informationstechnologie gedacht, die in den letzten 35 Jahren möglich gewesen sind. Der Durchschnittsbürger und auch die meisten Intellektuellen sind überfordert, wenn es darum geht, sich die Welt von morgen vorzustellen. Vorausgedacht und damit auch gestaltet wird die Zukunft von der sehr kleinen Zahl der wirklich innovativen und kreativen Menschen. Ihnen die notwendigen Freiräume zu geben, muss ein wichtiges Ziel der Forschungspolitik sein.

Viele Wachstumsskeptiker sorgen sich zu Recht um die Auswirkungen des Wachstums auf die Umwelt. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, dass die meisten Gesellschaften in dem Maße umweltbewusster geworden sind, in dem sich auch ihr materieller Wohlstand erhöht hat. Oder umgekehrt: Wenn es in Deutschland zu einem großen Heer schlecht bezahlter und sozial wenig abgesicherter Arbeiter käme, wäre dies für das Ziel einer nachhaltigen Umweltentwicklung sicherlich nicht förderlich. In den Worten von Ludwig Erhard:

„Kein Einwand mich davon abringen, daran zu glauben, dass Armut das sicherste Mittel ist, um den Menschen in den kleinen materiellen Sorgen des Alltags verkümmern zu lassen. Vielleicht mögen Genies sich über solche Drangsale erheben; im Allgemeinen aber werden die Menschen durch materielle Kümmernisse immer unfreier und bleiben gerade dadurch materiellem Sinnen und Trachten verhaftet.“(S.227/228)

Natürlich ist die Volkswirtschaft keine exakte Wissenschaft wie die Physik oder die Chemie. Niemand kann deshalb mit Gewissheit sagen, dass das hier beschriebene Programm tatsächlich zu dem führt, was Ludwig Erhard als „Wohlstand für alle“ bezeichnet hat. Aber immerhin bietet eine solche Strategie eine realistische Chance, dass Deutschland wieder auf einen stabilen Wachstumspfad zurückfindet. Weder die Globalisierung noch die Demografie sind hierfür ein echtes Hindernis. Entscheidend ist, dass wir den Mut finden, auf eine offensive Lösung zu setzen. Eine Marktwirtschaft ist wie ein Fahrrad. Sie ist umso stabiler, je kräftiger in die Pedale getreten wird.

Wenn dieser „dynamische Durchbruch nach vorne“ scheitern sollte, können wir immer noch die „Wende zum Weniger“ beschreiten. Eine „Rettung“, die sich durch einen deutlich niedrigeren Lebensstandard auszeichnet, ist auch noch in zwei oder drei Jahren möglich. Oder wie es im schönen Märchen von den Bremer Stadtmusikanten heißt:

„Komm mit“, sagte Esel zum Hahn (der am nächsten Tag im Suppentopf landen sollte),  
„etwas Besseres als den Tod findest überall.“